



Ein Projekt mit Zukunft

Ein Kommentar von Dr. Lars Hänsel

Die Idee eines transatlantischen Freihandelsabkommens ist nicht neu. Allerdings fehlte bisher das entscheidende Maß an politischem Willen, gemeinsam die notwendigen Schritte zur Umsetzung dieser Idee zu gehen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hatte immer wieder dieses Thema auf die Agenda gesetzt, wobei es weniger um die Diskussion der eher technischen Ebene zu verhandelnder Elemente ging, sondern um die politische Begleitung und das Bemühen um Unterstützung bei den Entscheidungsträgern.

Nun ist die erste Verhandlungsrunde über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft im Juli 2013 in Washington erfolgreich beendet worden. Die Bemühungen um eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft treffen in vielerlei Hinsicht auf politisch günstige Konstellationen. Das Interesse, nicht nur Freihandel zu vereinbaren, sondern die wirtschaftlichen Beziehungen zu einer Partnerschaft weiter zu entwickeln, ist auf beiden Seiten des Atlantiks ausgeprägt. Auslöser war nicht zuletzt die Finanz- und Staatsschuldenkrise, die beide Seiten getroffen hatte. Freihandel und Investitionen können beitragen, der Wirtschaft neuen Schwung zu verleihen und die Krise zu überwinden.

Aus amerikanischer Perspektive gibt es dazu noch weitere „selling points“ strategischer Natur: Die USA sehen die zukünftigen Chancen und Herausforderungen im pazifischen Raum, vor allem in China. Deshalb verhandeln die USA auch im pazifischen Raum ein Freihandelsabkommen (TPP). Strategischer Anker bzw. „Grundstein für das weltweite Engagement der USA“ bleibt jedoch nach wie vor Europa – so hat es Vizepräsident Biden erst kürzlich wieder in einer Rede aus Anlass seiner Reise nach Asien formuliert. TTIP wird also als strategischer Bestandteil der Orientierung nach Asien und als Teil der Balance gegenüber einem wachsenden China gesehen. Dabei geht es nicht um Konfrontation mit China. Vielmehr soll TTIP als massiver Handelsblock

mit klaren Regeln weltweit marktwirtschaftliche Standards setzen, denen sich dann auch andere anschließen. Diese Sicht überzeugt Demokraten und Republikaner gleichermaßen – eine Konstellation, welche im politischen Washington selten geworden ist.

Die zweite Amtszeit des Präsidenten gilt nicht zuletzt seiner Rolle in der Geschichte. Ohne eine neue Dynamik in der Wirtschaft wird dieses Bild nicht positiv ausfallen. Ein Hauptaugenmerk der Politik des Präsidenten liegt deshalb auf der Wirtschaftsentwicklung und vor allem auf dem Schaffen von Arbeitsplätzen. Gerade hat der Präsident eine neue Initiative zur wirtschaftlichen Unterstützung des Mittelstandes und der Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem in diesem Bereich verkündet. Dabei sind die Spielräume begrenzt, mit klassischen Instrumenten wie fiskalischen und monetären Mitteln die Wirtschaft zu stimulieren. Freihandel bietet sich als ein Mittel an, das keine direkten Kosten verursacht.

Auch politisch halten sich die Kosten in Grenzen. Es gibt für TTIP eine überparteiliche Unterstützung wie für gegenwärtig sonst kein anderes Projekt. Republikaner unterstützen Freihandel seit jeher aufgrund ihrer Überzeugungen. Die Freihandelsabkommen mit Südkorea, Panama und Kolumbien, die Präsident Obama in seiner ersten Amtszeit abgeschlossen hatte, wurden unter Präsident Bush initiiert. Der Kongress hat die Eröffnung von Verhandlungen über TTIP breit unterstützt und dem Präsidenten ein starkes Mandat erteilt. Allerdings wird der Erfolg der Verhandlungen auf amerikanischer Seite auch davon abhängen, inwiefern es gelingt, Interessen schon im Verlauf der Verhandlungen auszugleichen. Im Regelfall ist der Kongress nicht in die Verhandlungen einbezogen, sondern wird allenfalls in bestimmten Ausschüssen informiert und erst bei der Ratifizierung wieder gefragt. Die komplexen Fragen von TTIP erfordern, dass der Kongress auch während der Verhandlungen einbezogen bleibt und dabei die sonst dominanten parteipolitischen Erwägungen im Hintergrund bleiben.

Typische Kritiker von Freihandel wie Umweltgruppen, Gewerkschaften und Verbraucherschützer sind derzeit eher zurückhaltend mit ihrer Kritik. So sehen etwa die Gewerkschaften in einem Freihandelsabkommen mit Europa weniger die Gefahr, dass hier arbeitsrechtliche Standards unterlaufen werden. Das Argument, dass Freihandel notwendigerweise mehr Arbeitsplätze schafft, verfängt allerdings nach der Erfahrung mit NAFTA bei den Gewerkschaften nicht mehr. Der gegenwärtige Ansatz für Freihandel hat aus ihrer Sicht eher zu wachsenden Einkommensunterschieden beigetragen. Die Gewerkschaften dringen deshalb bei den Verhandlungen darauf, dass Jobs mit hohem Einkommen erhalten und geschaffen werden und die sozialen Absicherungen nicht unterlaufen werden.

Die politischen Konstellationen sind im Moment günstig, dennoch sind noch hohe Hürden zu nehmen. Eingetrübt wurde die Stimmung der europäischen Partner auch durch das Bekanntwerden der weitreichenden Überwachung durch US-Geheimdienste. Deshalb dringen europäische Transatlantiker wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament, Elmar Brok, darauf, ein Datenschutzabkommen jetzt voranzubringen, das unabhängig von TTIP verhandelt wird. – Auch auf amerikanischer Seite gibt es Kritik: Grundsätzlich sind die USA an einem umfassenden Abkommen interessiert. Deshalb wird kritisch gesehen, wenn europäische Staaten bestimmte Themen von vornherein ausschließen wollen. Dass es am Anfang große Divergenzen gibt, bedeutet aus amerikanischer Perspektive jedoch nicht, dass im Laufe der Verhandlungen nicht z.B. Ausnahmenregelungen oder Aufschub der Umsetzung vereinbart werden kann.

Außerdem wird u.a. mit Missfallen beobachtet, dass der Druck der USA auf China wegen marktschädigender Subventionen durch eigene Absprachen der EU mit China effektiv unterlaufen werden könnte, z.B. in der Solarbranche. Die Europäische Kommission geht eigene Wege, um gegen chinesisches Dumping bei Solar-Panels vorzugehen. Dabei nutzt

Peking geschickt aus, dass Europa in dieser Frage gespalten ist und handelt damit günstigere Bedingungen auf dem kleinsten gemeinsamen europäischen Nenner aus. Gerade mit Blick auf China scheint es noch intensiven Dialogbedarf zwischen der EU und den USA zu geben, nicht zuletzt, weil gemeinsames Auftreten gegenüber China eines der amerikanischen Hauptargumente für die Unterstützung von TTIP ist. Deutlich wird gegenwärtig auch: Bisher fehlt ein Koordinationsrahmen für einen transatlantischen Dialog über China. Generell sind die USA eher bereit, in Handelsfragen harte Auseinandersetzungen zu riskieren – die europäische (und vor allem deutsche) Haltung ist dagegen sehr viel konzilianter. TTIP kann hier eine Basis schaffen.

Die Bedeutung eines Erfolges von TTIP ist immens. Die euroatlantischen Beziehungen sind vielschichtiger und weniger auf Sicherheitspolitik konzentriert als zu Zeiten des Kalten Krieges. Mit dem bevorstehenden Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan fehlt zudem ein großes Projekt, das symbolisch für die Partnerschaft steht. Mit der zunehmenden Bedeutung, die globale Handelsfragen gewinnen, ist die Konzentration im transatlantischen Verhältnis auf Handel und Investitionen nur folgerichtig. TTIP hat das Potenzial, die transatlantischen Beziehungen neu zu fundieren und möglicherweise damit die Bedeutung zu erlangen, die die NATO zu Zeiten des Kalten Krieges hatte.



Dr. Lars Hänsel

Leiter des Auslandsbüros in Washington, D.C.
der Konrad-Adenauer-Stiftung